

Die Brennessel

Zeitung der Salzkottener GRÜNEN

Ausgabe: März 88

Nr. 2

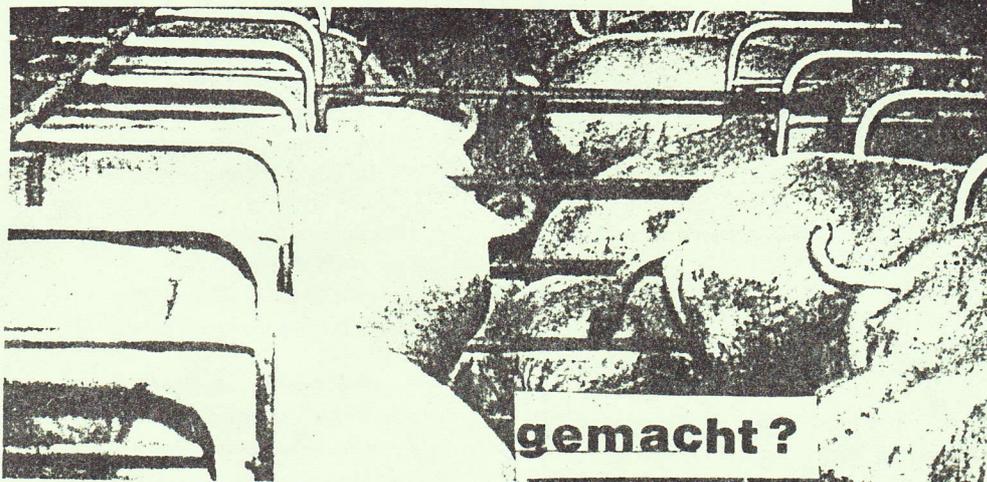
Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Stadtdirektor

In Salzkotten werden nach Ansicht der Grünen viele Punkte in Rat und Ausschüssen unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandelt, bei denen das eigentlich nicht erlaubt wäre. Zudem beanstanden die Grünen, daß die Sitzungen der kommunalpolitischen Gremien nicht ordnungsgemäß bekanntgemacht werden. Und weil Stadtdirektor Helmut Pott hast diese Verstöße gegen die Gemeindeordnung hätte beanstanden müssen, es aber offensichtlich bisher nicht tat, hat die

Ortsgruppe der Grünen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Verwaltungschef erstattet. Ein entsprechendes Schreiben ging bereits Ende Januar an den Oberkreisdirektor des Kreises Paderborn und an den Regierungspräsidenten in Detmold. Der Stadt Salzkotten ist es bisher offensichtlich nicht gelungen, diese Vorwürfe zu entkräften: Beim Kreis wird die Beschwerde nach wie vor eingehend geprüft.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wer hat das Schwein zur SAU



Massentierhaltung ist Tierquälerei und wirkt sich auch auf die Qualität des Fleisches aus -

gemacht?

weil in erheblichem Maße Medikamente eingesetzt werden. Mehr dazu auf Seite 6 und 7

AUS DEM INHALT

Verbrauchermärkte: Erst zustimmen, dann die Bürger fragen Seite 4

Würgassen - gar nicht so weit wegSeite 5

Unkraut - was passierte mit dem Bürgerantrag?Seite 8

Blech im Ausschuß: Bürgerantrag WeißblechSeite 9

Wasser - unser Lebensmittel Nr. 1.....Seite 1

PVC - nicht so harmlos, wie man glaubtSeite 1

Salzkottener Politik: «knifflige» Probleme ohne Publikum

(Fortsetzung von Seite 1)

Den Grünen war bereits im letzten Jahr mehrmals aufgefallen, daß "knifflige" Punkte in Salzkotten häufiger als anderswo sich nur im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung wiederfinden. So beispielsweise der Bürgerantrag der Ortsgruppe, in öffentlichen Anlagen künftig auf Unkrautvernichtungsmittel zu verzichten: Der Antrag wurde im Bürger- und Steuerausschuß behandelt, stand aber dort lediglich nicht-öffentlich auf der Tagesordnung - ein Umstand, den Mitarbeiter der Verwaltung damit entschuldigten, es gehe in diesem Ausschuß ja auch um Steuersachen, und die gehörten nicht in die Öffentlichkeit. Als Begründung dafür, dann für die gesamte Sitzung Zuschauer auszuschließen, darf das aber nicht gelten.

Nun können aber Rat und Verwaltung bzw. die jeweiligen Ausschußvorsitzenden nicht rein willkürlich darüber entscheiden, welche Punkte öffentlich, welche nichtöffentlich behandelt werden. Grundsätzlich sollen eigentlich alle Sitzungen öffentlich sein und lediglich bestimmte Punkte - wie z.B. Personal- und Grundstücksangelegenheiten oder die Vergabe von Aufträgen - ohne Publikum beraten werden.

Und dagegen wird in Salzkotten offenbar verstoßen. Anlaß für die Dienstaufsichtsbeschwerde der Grünen war eine Hauptausschußsitzung am 25. Januar. Bereits einige Tage zuvor hatte die CDU in einem Zeitungsartikel angekündigt, daß es in dieser Sitzung um das Marktstrukturgutachten im Zusammenhang mit der Ansiedlung weiterer Verbrauchermärkte gehen würde. Dennoch wurde einem Mitglied der Grünen unmittelbar vor Sitzungsbeginn der Zutritt zum Zuschauerraum verwehrt: Die gesamte Tagesordnung sei nichtöffentlich, hieß es von seiten der Verwaltung. In der Presse war jedoch kurz nachher zu lesen, daß der Hauptausschuß tatsächlich über die grundsätzliche Bedeutung eines solchen Gutachtens diskutiert hatte - nicht etwa bereits über die Vergabe des Auftrags. Es lag also kein legitimer Grund vor, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Die Grünen sahen einen eklatanten Verstoß gegen die Gemeindeordnung, der zudem vom

Gemeindedirektor nicht beanstandet wurde. Verwaltungschef Potthast sei also seinen Pflichten nicht nachgekommen. Die Dienstaufsichtsbeschwerde zielt darauf ab, daß der Kreis den Gemeindedirektor anweist, die Beschlüsse dieser Hauptausschußsitzung aufzuheben. Außerdem soll der Kreis dafür sorgen, daß die Stadt künftig ihrer Informationspflicht und ihrer Pflicht zur Herstellung von Öffentlichkeit in Rats- und Ausschußsitzungen nachkommt.

Über die Beschwerde ist zwar noch nicht entschieden, die Grünen scheinen damit jedoch zumindest der CDU nachhaltig auf die Zehen getreten zu sein: Schon zwei Tage später erklärte CDU-Fraktionssprecher Konrad Rump während einer CDU-Versammlung in Salzkotten, Bauvoranfragen würden künftig öffentlich behandelt (dafür muß der Rat sogar die Hauptsatzung ändern). Und in der Ratssitzung am 8. Februar beantragte der CDU-Sprecher, die für das Marktgutachten infrage kommenden Institute in öffentlicher Ratssitzung vorzustellen. Anscheinend wäre das sonst keinesfalls selbstverständlich gewesen.

DIE UNMÖGLICHE TATSACHE

*Palmström, etwas schon an Jahren,
wird an einer Straßenbeuge
und von einem Kraftfahrzeug
überfahren.*

*«Wie war» (spricht er, sich erhebend
und entschlossen weiterlebend)
«möglich, wie dies Unglück, ja -;
daß es überhaupt geschah?»*

*Ist die Staatskunst anzuklagen
in bezug auf Kraftfahrzeug?
Gab die Polizeivorschrift
hier dem Fahrer freie Trift?*

*Oder war vielmehr verboten
hier Lebendige zu Toten
umzuwandeln -, kurz und schlicht:
Durfte hier der Kutscher nicht -?»*

*Eingebüllt in feuchte Tücher,
prüft er die Gesetzesbücher
und ist alsobald im klaren:
Wagen durften dort nicht fahren!*

*Und er kommt zu dem Ergebnis:
«Nur ein Traum war das Erlebnis.
Weiß, so schließt er messerscharf,
«nicht sein kann, was nicht sein darf.»*

Christian Morgenstern

PVC raus

Anfang dieses Jahres stellten die GRÜNEN in Salzkotten den Bürgerantrag, zukünftig auf PVC-haltige Materialien im Hochbau zu verzichten, soweit dies möglich ist.

PVC (Polyvinylchlorid) findet im Baubereich Verwendung in Tür- und Fenster-rahmen, Fußbodenbelägen, Möbeln, Kabelisolierungen, Steckdosen. Das Sündenregister des Kunststoffes reicht von der Herstellung bis zur Entsorgung. Schon während der Fertigung wird ungebundenes Vinylchlorid in die Luft geblasen. Vinylchlorid ist eindeutig krebserregend, deshalb läßt sich eine Menge, die ohne Risiko eingeatmet werden kann, nicht angeben, schon gar nicht, wenn weitere Problemstoffe, wie Weichmacher, dazukommen. Die Chemikalien werden dem PVC in Konzentrationen bis zu 55% zugesetzt. Einige Vertreter dieser Gruppe, die bereits Boden, Luft und Wasser belasten und schon in höheren Konzentrationen gefunden wurden als das Pflanzenschutzmittel DDT, schädigen Leber, Nieren, Leberzellen und vermutlich auch das Nervensystem. Der am meisten verwendete Weichmacher DEHP steht außerdem im Verdacht, krebserzeugend zu sein und Mißbildungen auszulösen. Ein weiterer dicker Brocken für die Umwelt stellen die schwermetallhaltigen Stabilisatoren dar. Rund 1/3 der bundesdeutschen Kadmium-Produktion landet im PVC, wo es über den Abrieb in den Hausstaub gelangen kann. Müllverbrennungsanlagen pusten es dann in die Umwelt und wie sich solche Zusätze auf den Bauschuttdeponien verhalten, muß noch ausreichend geklärt werden.

Jährlich werden in der Bundesrepublik 800 000 Tonnen PVC verarbeitet, davon zählen nur 15% der Produkte zu den Ex- und Hopp-Produkten. Der Anteil des PVC-Schrotts im Müll wächst bedrohlich weiter, weil seine Wiederverwertung nicht in Sicht ist. PVC liefert die Hälfte des Chlors, das Müllverbrennungsanlagen auf-

nehmen müssen, obwohl PVC nur 1% des Müllgewichts ausmacht. Beim Erhitzen bilden sich nicht nur die hochgiftigen Dioxine und Furane, sondern es entweicht auch Chlorwasserstoff (gasförmige Salzsäure), der neben der Umwelt auch die Müllverbrennungsanlagen durch teure Korrosionsschäden belastet, für die die Kommunen tief in die Tasche greifen müssen.

Da die Deutschen weltweit den höchsten Verbrauch an PVC haben und sich die Bundesregierung nicht um einen Stopp der Plastik-Lawine bemüht, bleibt den Städten und Gemeinden eigentlich nichts anderes übrig, als eigene Initiative zu ergreifen, wenn sie nicht länger für die Versäumnisse der "großen Politik" büßen wollen. Leider werden Alternativen nicht immer leicht zu finden sein, wie z.B. Holz für Fensterrahmen und Linoleum für Fußböden. Die Alternativen müssen natürlich im Anschaffungspreis und in der Unterhaltung zumutbar sein, und man darf nicht den Teufel mit dem Belzebub austreiben, indem man PVC durch Kunststoffe ersetzt, die mit großen Mengen polyhalogenierten aromatischen Kohlenwasserstoffen behandelt werden müssen, um die Brandschutznorm im Bausektor zu erfüllen. Aber: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

VORSICHT BEI VORVERPACKTEM KÄSE

Käse in Klarsichtfolie ist mit Vorsicht zu genießen, denn die Folie besteht oft aus PVC und kann den Weichmacher Diethylhexylphtalat (DEHP) enthalten - ein krebserregender Stoff, der vor allem auf fett- und säurehaltige Lebensmittel übergeht. Je fetter der Käse ist und je länger er in der Folie war, um so mehr DEHP geht in ihn über.

Leider ist das Material nicht verboten - es gibt nur Empfehlungen, es nicht zu verwenden. Kaufen Sie also lieber keinen Käse, kein Fleisch oder Obst in Klarsichtfolie. Ihre Haushaltsklarsichtfolie besteht übrigens aus dem umweltfreundlichen PE (Polyethylen) ohne Weichmacher.

DIE GRÜNEN

Königstr. 56
Tel. 26549
4790 Paderborn

„NANU — KEM

Nachdem
die Erde
in die Luft geflogen war,
trat ein Herr
aus Hanau
von Transnuklear
vor Gott den Herrn
und zückte Schecks
und bares Geld
und fragte:

„Na, was kostet denn die Welt?“

Die „Salzburger Nachrichten“
unter der Rubrik „Mit spitzer
Feder“.

schickt mir Informationen zum Bereich AKW Problematik und/ oder _____

Ich möchte Mitglied bei den Grünen werden!

Monatsbeitrag: 6 DM (ermäßigt) , 12 DM , _____ DM,

Name _____ Vorname _____

Straße _____ Wohnort _____

Konto Nr. _____ BLZ _____

Bank _____ Unterschrift _____



"Mehr Straßen sind praktischer Umweltschutz. Die Abgase verteilen sich weiträumiger."

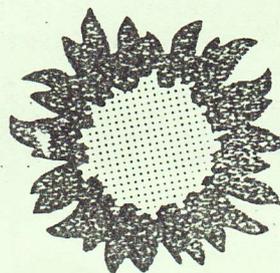
Sitzungen mit Unterhaltungswert

Das kulturelle Angebot im Salzkottener Stadtgebiet ist bekanntermaßen eher mager. Aber immerhin bescheinigen manche Zuschauer den Rats- und Ausschusssitzungen in der Sälzerstadt einen "gewissen Unterhaltungswert". Die Teilnahme an den Sitzungen ist also auch von daher wärmstens zu empfehlen: So mancher Bürger wäre überrascht, würde er die von ihm gewählten Bürgervertreter einmal "in Aktion" erleben (wenn dabei auch seine Hochachtung vor "den Politikern" sicher einen Knacks bekäme). Was in Salzkotten besticht, ist nicht nur das bemerkenswerte schauspielerische Geschick einiger Akteure (beispielsweise wenn es darum geht, sich "bürgernah" zu geben), sondern auch die gekonnt haar-scharfe Gratwanderung der gesamten Darbietung zwischen Komödie und Drama. Also: Auf ins Rathaus - bis jetzt ist der Eintritt noch frei!

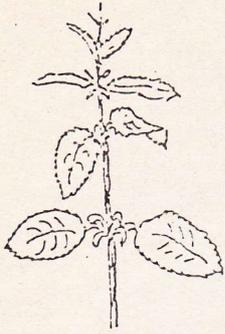
TERMINE-TERMINE-TERMINE-TERMINE-TERMINE

Die Stadt Salzkotten bietet an:

- 11.04. Kanalausschuß
- 12.04. Schulausschuß
- 13.04. Kulturausschuß
- 14.04. Werksausschuß
- 18.04. Hauptausschuß
- 19.04. Sportausschuß
- 02.05. Ratssitzung
- 06.06. Bauausschuß
- 08.06. Kindergartenausschuß
- 20.06. Hauptausschuß



Impressum: V.i.S.d.P. Die Grünen
Ortsgruppe Salzkotten
Vorsitzende: Micheline Schulte,
Frieth 22, Upsprunge



Die Brennnessel

— NACHTRAG

Was noch nicht abzusehen war, als die Grünen-Ortsgruppe ihre neueste "Brennnessel" zusammenbastelte: Auf ihre Dienstaufsichtsbeschwerde über Stadtdirektor Helmut Potthast ist inzwischen ein Bescheid vom Oberkreisdirektor ergangen. Diese aktuelle Entwicklung wollen wir den Lesern unserer "Brennnessel" nicht vorenthalten:

Dienstaufsichtsbeschwerde:

Entscheidung vom OKD

"In eigener Sache" hatte der Verwaltungschef der Sälzerstadt zu Beginn der jüngsten Ratssitzung eine Mitteilung zu machen: Nach Prüfung habe der OKD über die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn entschieden. Potthast fühlte sich danach nach eigenen Worten "voll rehabilitiert" - eine Ansicht, die von den Salzkottener Grünen

nicht geteilt wird.

Mit folgendem Schreiben, das auch von Potthast in der Ratssitzung verlesen wurde, teilte der OKD der Ortsgruppen-Vorsitzenden Micheline Schulte seine Entscheidung mit:

Ausschußsitzungen sind ebenso wie Ratssitzungen i. d. R. öffentlich durchzuführen. Jedoch kann die Öffentlichkeit für bestimmte Angelegenheiten ausgeschlossen werden. Die Tatsache, daß eine gesamte Hauptausschußsitzung nichtöffentlich stattfindet, ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, wenn sämtliche Tagesordnungspunkte in den nichtöffentlichen Sitzungsteil gehören. Dies ist nach Auskunft des Stadtdirektors bei der von Ihnen angesprochenen Sitzung der Fall gewesen.

Gem. § 42 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen brauchen Zeit und Ort der Ausschußsitzungen sowie die Tagesordnung nicht öffentlich bekanntgemacht zu werden. Der Gemeindedirektor soll die Öffent-

lichkeit hierüber vorher in geeigneter Weise unterrichten. Der Stadtdirektor in Salzkotten hat mir dazu mitgeteilt, daß er den Lokalredaktionen der drei im Stadtgebiet verbreiteten Tageszeitungen eine Kopie der Einladung an die Ausschußmitglieder zugeleitet hat. Der Hinweis ist allerdings, da die Hauptausschußsitzung nur aus einem nichtöffentlichen Teil bestand, lediglich von einer Tageszeitung veröffentlicht worden. Um eine bessere Unterrichtung der Öffentlichkeit zu erreichen, habe ich dem Stadtdirektor in Salzkotten vorgeschlagen, künftig auch im Bekanntmachungskasten des Rathauses auf die Ausschußsitzungen hinzuweisen.

Rückfrage beim Betroffenen

Die Grünen sind jedoch nicht der Meinung, daß es in diesem Fall reicht, sich bei dem Betroffenen, also dem Stadtdirektor, zu erkundigen, wenn eine solche Beschwerde geprüft wird. Dazu gibt es im Zusammenhang mit der strittigen Hauptausschußsitzung und der Beratung des Themas Marktstrukturgutachten zu viele Ungereimtheiten, die unbedingt eingehender überprüft werden müßten. So ist nach Ansicht der Grünen nicht einzusehen, wieso Beratung und Beschlußfassung über die grundsätzliche Frage, ob die Stadt ein solches Gutachten in Auftrag gibt, nichtöffentlich behandelt werden kann. Und das genau das im Hauptausschuß, zu dem man einer Vertreterin der Grünen den Zutritt verwehrte, offenbar geschehen; denn zur nächsten darauffolgenden Ratssitzung lagen laut Pressebericht der Neuen Westfälischen bereits erste schriftliche Angebote der infragekommenden Institute vor.

Die Grünen haben daher in einem Schreiben an den OKD ausführlich begründet, weshalb sie eine nochmalige, eingehendere Überprüfung der Angelegenheit für erforderlich halten und gleichzeitig den gesamten Vorgang an den Regierungspräsidenten weitergeleitet.

"Störung" der Ratsarbeit?

Bemerkenswert waren in der letzten Ratssitzung die Redaktionen der beiden Fraktionssprecher auf die Entscheidung des OKD. Vor solchen Anschuldigungen, so CDU-Sprecher Konrad Rump, solle man sich besser informieren. Und Hans Schwerter (SPD) schimpfte, es gebe in den letzten Monaten "Versuche, die Arbeit des Rates zu stören"

und "Machthysterie" zu erzeugen. Beide Äußerungen zeugen von einem doch recht merkwürdigen Demokratieverständnis. Schließlich hat jeder Bürger das Recht, sich zu beschweren, wenn er es für angebracht hält. Und die Grünen halten das angesichts der Verschleierungspolitik, die Rat und auch Verwaltungsspitze in Sachen Verbrauchermärkte betreiben, für mehr als angebracht. Und wenn sich Bürger innerhalb der geltenden gesetzlichen Regelungen an der Demokratie beteiligen (so wie es die Grünen in den letzten Monaten getan haben), ist das auch keine Störung der Ratsarbeit - es sei denn, der Rat fühlt sich von jedem Versuch der Salzkottener Einwohner, sich an seiner Politik zu beteiligen, bereits "gestört".

Nebenwirkungen...

Wie dringend nötig es ist, in Salzkotten ein scharfes Auge auf die Rathauspolitik zu haben, beweisen die bisherigen "Nebenwirkungen" der Dienstaufsichtsbeschwerde:

- Ausschußsitzungen werden künftig auch im Bekanntmachungskasten angekündigt.
- Zuhörer während der öffentlichen Ratssitzungen bekommen demnächst auch die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten und können so der Diskussion besser folgen.
- Bauvoranfragen werden künftig öffentlich behandelt.
- Die drei Institute, die für das Strukturgutachten Angebote abgegeben hatten, konnten sich in der Ratssitzung am 7.3. in öffentlicher Sitzung vorstellen - sicher ein Grund dafür, daß schließlich das Institut beauftragt wurde, das das in diesem Zusammenhang einzig sinnvolle Gutachten erstellen wird, nämlich eines zur weiteren Stadtentwicklung statt lediglich zur Notwendigkeit weiterer Supermärkte.